

Schweiz

Gegenseitiges Schulterklopfen im Kreml

Auslandreise Bundespräsident Ueli Maurer hat Russlands Präsident Wladimir Putin getroffen. Auf der Agenda standen unter anderem die Vermittlungsdienste der Schweiz in Georgien und der Ukraine.

Silke Bigalke

Es ist einer der kleineren Säle im Kreml. Drei russische Zaren und eine Zarin stehen als grosse Bronzestatuen im Raum, zwei Flügeltüren öffnen sich an gegenüberliegenden Stirnseiten: Durch eine tritt Präsident Wladimir Putin mit der für ihn typischen Verspätung, dieses Mal sind es anderthalb Stunden.

Durch die andere Tür kommt der Schweizer Bundespräsident Ueli Maurer; in der Mitte des Raums schütteln sich die beiden recht entspannt die Hand. Sie sind nicht hier, um im Detail über Probleme zu sprechen. Es sei um eine Standortbestimmung gegangen, wird Maurer nach dem Treffen erklären. Man könnte auch sagen, es ging um ein gegenseitiges Schulterklopfen.

Wichtig für die Schweiz sind dabei die wirtschaftlichen Beziehungen und etwa die Frage, wie vergleichsweise kleine Schweizer Unternehmen leichter Zugang zum grossen russischen Markt finden können. In den wenigen Sätzen, die Putin zur Begrüssung sagt, erinnert er sich kurz an sein letztes Treffen mit Maurer bei den Olympischen Spielen in Sotschi 2014. Damals war Maurer noch Sportminister. Dann spricht Putin über den Warenaustausch zwischen Russland und der Schweiz. Dieser sei, so glaube er, im letzten Jahr um 20 Prozent gewachsen. Maurer wird später sagen, die Schweiz liege im Handel mit Russland immer noch zurück. Er wird alleine mit der Presse sprechen, für eine Pressekonferenz mit Putin fehlt die Zeit.

«Angenehmes» Gespräch

Deswegen bleibt als gemeinsamer Auftritt nur die kurze Begrüssung im Empfangssaal. Maurer nutzt sie, um bis ins Jahr 1815 zurückzugehen: Damals beim Wiener Kongress habe Russland wesentlich dazu beigetragen, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit behalten habe. Seitdem sei man Russland «verpflichtet und ausserordentlich verbunden». Die bilateralen Beziehun-



Ueli Maurer (l.) und Wladimir Putin begrüßen sich anlässlich ihres Treffens in Moskau. Foto: Keystone

Putin begegne der Schweiz «mit grossem Respekt», sagt Maurer an der Pressekonferenz.

gen sind gut, soll das Signal des Treffens sein – mehr als fünf Jahre nach dem letzten Besuch eines Bundespräsidenten in Moskau.

Doch dann gibt es noch das Internationale, die Krisenherde. Um die ging es auch hinter verschlossenen Türen. Ein Gespräch, das Maurer als «angenehm» und «sehr offen» beschreibt, was aber nicht heisse, «dass wir politisch

immer einig sind». Zum Beispiel bei Thema Georgien: Dort übt die Schweiz seit 2009 ein Schutzmandat aus. Seitdem Moskau und Tiflis ihre diplomatischen Beziehungen nach dem Krieg im Sommer 2008 abgebrochen haben, vermittelt die Schweiz. «Hier sind wir Briefträger», sagt Ueli Maurer. «Da müssen wir die Meinung Russlands nicht teilen.» Es werde wohl noch einige Zeit dauern, bis sich die Lage in Georgien beruhige.

Prominente Besetzung

Ausserdem ging es bei dem Gespräch im Kreml um den Krieg in Syrien und den Konflikt in der Ostukraine. Dort ist die Schweiz indirekt engagiert: Im Rahmen der Organisation für Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), innerhalb der trilateralen Kontaktgruppe zwischen OSZE, Russland und der Ukraine. Putin habe «zum Ausdruck gebracht, dass er die Schweiz als Vermittler sehr schätzt», sagte Maurer. Putin begegne der Schweiz «mit grossem Respekt».

Das Treffen im Kreml war von russischer Seite prominent besetzt. Neben Präsident Putin nahmen Aussenminister Sergei Lawrow und Juri Uschakow, Putins aussenpolitischer Berater, daran teil. Ein Hinweis darauf, dass die internationalen Krisen doch einen grösseren Teil des Gesprächs ausmachen würden. Ausserdem sass Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin und Vize-Ministerpräsident Witali

Mutko mit im Kreis. Mutko war zuvor Sportminister und bis 2018 Präsident des russischen Fussballverbandes. Er stand wegen der Doping-Vorwürfe gegen Russland im Fokus. Heute steht er der gemischten Wirtschaftskommission vor, in der es einmal im Jahr um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und der Schweiz geht.

Maurers Besuch war offenbar kurzfristig geplant, eine Wirtschaftsdelegation hat ihn nicht begleitet. Am Donnerstagmorgen traf er sich mit Vertretern von Schweizer Unternehmen in Moskau, danach sprach er mit Ministerpräsident Dmitri Medwedew im Weissen Haus, dessen Amtssitz. Auch dort ging es vor allem um Wirtschaftsbeziehungen.

Wirtschaftsprüfer orten Mängel bei der Pestizidzulassung

Landwirtschaft Umweltpolitiker bekommen Rückendeckung von unverdächtigster Seite und fordern eine Reform.

Um Einzelfälle handelt es sich längst nicht mehr. Immer wieder müssen die Bundesbehörden Pestizide vom Markt nehmen, weil sich herausstellt, dass die Stoffe gefährlicher sind als ursprünglich eingestuft. Seit 2005 geschah dies bei 148 Wirkstoffen.

Vor diesem Hintergrund hat ein neuer Bericht beträchtliche Sprengkraft. Dessen Fazit: Das Zulassungsverfahren für Pestizide hat bedeutende Defizite. Neu ist diese Erkenntnis zwar nicht; Umweltschutzverbände weisen schon lange darauf hin. Nun aber wird sie von unabhängiger Seite bestätigt. Verfasser ist das Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG, das die Evaluation im Auftrag verschiedener Bundesämter vorgenommen hat, darunter das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und das Bundesamt für Umwelt (Bafu).

Der Bericht ortet diverse Schwachstellen. Im Fokus steht insbesondere das BLW, dem Umweltschutzverbände seit Jahren vorwerfen, die Interessen der Agrochemie und der Bauern über alles zu stellen – eine Kritik, welche das Amt im Departement von Guy Parmelin (SVP) kategorisch zurückweist. Tatsache ist: Das BLW hat im Zulassungsverfahren eine umstrittene Rolle. Es ist einerseits Ansprechpartner für die Gesuchsteller, andererseits entscheidet es über die Zulassung. Der entsprechenden Stelle im Amt, so heisst es Bericht, fehle es an formeller Unabhängigkeit. Auch würden im Verfahren die «Ansprüche bezüglich Transparenz innerhalb der Behörden und gegenüber der Öffentlichkeit nicht erfüllt».

Verbesserungspotenzial ortet der Bericht auch bei der Rolle des

Bafu, das dem Departement von Simonetta Sommaruga (SP) angehört. Das Amt sei «zu wenig stark» ins Zulassungsverfahren involviert, es habe «keine aktive Rolle» bei der Beurteilung der Pestizide. In Deutschland zum Beispiel ist das anders. Dort hat das Umweltbundesamt weitreichende Kompetenzen.

Rolle des Bafu stärken

Der Bericht enthält zehn Empfehlungen. Dazu gehört, das Bafu in die Beurteilung der Pestizide einzubeziehen und die Unabhängigkeit der Zulassungsstelle zu stärken. Zudem soll der Bund die Gesetzgebung so anpassen, dass es einfacher wird, Pestizide kurzfristig vom Markt zu nehmen.

Eine Arbeitsgruppe des Bundes wird den Bericht prüfen und bis im Frühling 2020 ein Konzept zur Umsetzung erarbeiten. Nebst

Vertretern des BLW und Bafu gehören ihr Exponenten des Bundesamts für Gesundheit an, des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) sowie des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV). Inwieweit die Bundesverwaltung die Analyse der KPMG teilt, ist unklar. Das Bafu will sich nicht dazu äussern, inwieweit es sich nun einsetzen wird, seine Rolle im Zulassungsprozess zu stärken. Die verschiedenen Interessen der Bundesämter dürften jedenfalls frontal aufeinanderprallen. Ein Indiz dafür ist die Medienmitteilung der Ämter. Anders als die KPMG-Untersuchung benennt sie die Probleme zwar auch, aber auffallend zurückhaltend oder, wie ein Vertreter eines Umweltschutzverbands sagt, «beschönigend».

Im Parlament befeuert der Bericht den Ruf nach einer

umfassenden Reform. «Der Schutz der Bevölkerung und Umwelt muss im Zulassungsverfahren künftig die zentrale Rolle spielen», sagt GLP-Fraktionschefin Tiana Moser. Sie verweist auf die jüngsten Untersuchungen des Bundes, die zeigen, dass Pestizide Grund- und Trinkwasser belasten, teils stärker als gesetzlich erlaubt. Gefordert sei auch der Bundesrat.

Erwartungen formuliert auch Markus Ritter, CVP-Nationalrat und Präsident des Bauernverbands. Die Zulassungsentscheide müssten auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren und die Verfahren transparent sein. «Wir erwarten von der Arbeitsgruppe, dass die Modalitäten für die Zulassung in diese Richtung weiterentwickelt werden.»

Stefan Häne

Bundesrat blockiert die EU-Milliarde

Kohäsionsmilliarde Solange die EU die Schweizer Börsenregulierung nicht als gleichwertig anerkennt, wird kein Geld aus der zweiten Kohäsionsmilliarde in die EU-Staaten fliessen. Das macht der Bundesrat in seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss klar. Das Parlament wird in der Wintersession die letzten Differenzen zur Kohäsionsmilliarde beraten und in der Schlussabstimmung darüber befinden.

Beide Räte haben einer Bedingung zugestimmt: Die Schweiz soll nur dann eine weitere Milliarde an die EU zahlen, wenn diese auf diskriminierende Massnahmen verzichtet. In seiner Antwort auf den Vorstoss von CVP-Nationalrat Gerhard Pfister bestätigt der Bundesrat nun: Die Weigerung, die Börsenäquivalenz zu verlängern, sei als diskriminierende Massnahme zu werten. Insgesamt geht es um 1,3 Milliarden Franken. (sda)

EU-Kommissar Hahn behält Schweiz-Dossier

Rahmenabkommen Das Schweiz-Dossier bleibt weiterhin bei EU-Kommissar Johannes Hahn. «Wir ändern nichts am Abkommen und auch nicht an den Gesprächspartnern für die Schweiz», sagte gestern ein Sprecher der designierten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel. Damit werde die Kontinuität gewährleistet. Auf die Frage, ob die Schweiz auch weiterhin wie bei EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker «Chefsache» bleiben werde, bestätigte der Sprecher, auch EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen werde sich um das Dossier kümmern.

Bis anhin war unklar, wer in der neuen EU-Kommission das Schweizer Dossier übernehmen wird. Denn der Österreicher Hahn, der zurzeit Erweiterungskommissar ist, übernimmt in der neuen EU-Kommission das EU-Budget. Sein aktuelles Dossier, die Erweiterung, geht an den Ungarn Oliver Varhelyi. (sda)

Direktor des Bauernverbandes tritt zurück

Rochade Jacques Bourgeois, Direktor des Schweizer Bauernverbandes, tritt zurück. Bourgeois gab seinen Schritt am Donnerstag an der Delegiertenversammlung in Bern bekannt. Er führt den Verband seit 2002 als Direktor; im Amt bleiben will er noch bis im März 2020.

Der Abgang des 61-Jährigen hat demografische Gründe. Der Vorstand des Bauernverbands leidet an Überalterung. «Wir müssen die Kontinuität des Verbandes gewährleisten», erklärte Bourgeois. Der Vorstand wird sich im Dezember mit der Nachfolge befassen. Eine interne Lösung sei bereits vorhanden, sagte Markus Ritter, Präsident des Bauernverbands.

Bourgeois ist der Erste dieser altersbedingten Umwälzung. Für nächstes Jahr ist der Abgang von Hans Frei, Vizepräsident, geplant. Anne Challandes wurde zur Vizepräsidentin gewählt. (sda)